



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135
Telefax national 0222-4000-99-89980

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Bundesgesetz über
die Abgeltung von bestimmten
Unterrichts- und Erziehungs-
tätigkeiten geändert wird

Wien, 17. Juli 1992
Kettner/Bu
Klappe 89 993
011/742/92

An die
Parlamentsdirektion

Parlament
1017 Wien

GESETZENTWURF
Nr. 38 -GE/19-92
Datum: 22. JULI 1992
Verteilt 23. Juli 1992

J. Bauer

Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 9. Juni 1992,
Zahl 13.886/3-III/92 vom Bundesministerium für Unterricht
und Kunst übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Bundesgesetz über die Abgeltung von bestimmten
Unterrichts- und Erziehungstätigkeiten geändert wird,
gestattet sich der Österreichische Städtebund, anbei
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu übersenden.

Beilagen

(Dr. Friedrich Slovak)
Senatsrat



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135
Telefax national 0222-4000-99-89980

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Bundesgesetz über
die Abgeltung von bestimmten
Unterrichts- und Erziehungs-
tätigkeiten geändert wird

Wien, 17. Juli 1992
Kettner/Bu
Klappe 89 993
011/742/92

An das
Bundesministerium für
Unterricht und Kunst

Minoritenplatz 5
1014 Wien

Zu dem mit Note vom 9. Juni 1992, Zahl 13.886/3-III/3/92,
übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Bundesgesetz über die Abgeltung von bestimmten Unterrichts-
und Erziehungstätigkeiten geändert wird, beehrt sich der
österreichische Städtebund mitzuteilen, daß die Erhöhung
der Vergütungssätze nicht der tatsächlichen Belastung
entspricht.

Eine Erhöhung der Vergütungssätze für den genannten
Personenkreis auf nunmehr S 20,-- pro Stunde und Praktikant
kann nicht als adäquat betrachtet werden, sodaß eine ent-
sprechende Anhebung dieses Stundensatzes vorgenommen werden
sollte. Die Aufrechterhaltung der Betreuungstätigkeit ist
nur durch das Engagement der Betreuungspersonen möglich,
welche auch teilweise ihre Freizeit zur Verfügung stellen.
Zudem käme die Einrichtung von Übungskindergärten durch den
Bund wesentlich teurer als eine kostenadäquate Erhöhung des
Betreuungssatzes.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig der Parlamentsdirektion übermittelt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'F. Slovak', written in a cursive style.

(Dr. Friedrich Slovak)

Senatsrat